

Schweiz

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
 Redaktion Kantonsteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
 Kretz Annoncen AG (Feldmeil)

## Ja zum Sprachenartikel

7921580

Offt erleben wir nach nationalen Abstimmungen, dass die Meinungen von Sprachregion zu Sprachregion auseinandergehen. Die Tatsache aber, dass durch die Vielsprachigkeit eines Landes auch Ereignisse zuweilen unterschiedlich wahrgenommen werden, ist nicht ein Übel, sondern ein Gewinn.

**MRS.** Der revidierte Sprachenartikel will die Verständigung und den Austausch zwischen den vier Sprachgemeinschaften unterstützen und fördern.

### Warum notwendig?

Mit der Revision des Sprachenartikels werden drei Ziele anvisiert:

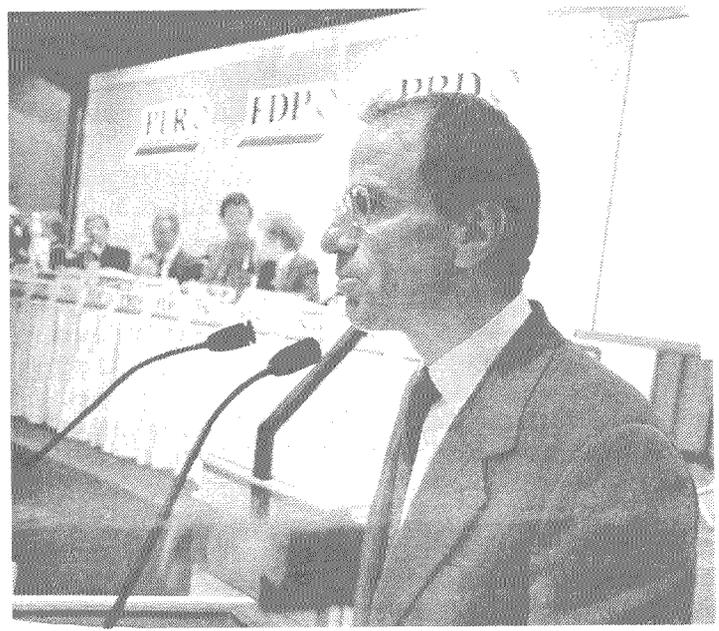
- Die Bestätigung der Viersprachigkeit.
- Die Erhaltung der vier Landessprachen.
- Die Förderung der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften.

Die Zustimmung zum Sprachenartikel ist auch ein Akt der Solidarität mit der kleinsten Landessprache, dem Romanischen. Der revidierte Sprachenartikel ist dennoch kein reiner Rätoromanenartikel. Auch das Italienische sowie die Förderung der Verständigung und des Austauschs zwi-

schen den Sprachgemeinschaften sind explizit aufgenommen worden. Der revidierte Sprachenartikel ist notwendig, damit das Sprachbewusstsein unserer Bevölkerung belebt und gestärkt werden kann. Die Revision des Sprachenartikels ist auch nötig, um die Bedeutung der Viersprachigkeit für den nationalen Zusammenhalt zum Ausdruck zu bringen und bewusst wahrzunehmen.

### Was bringt er?

Wie im bisherigen Verfassungsartikel wird die Viersprachigkeit unseres Landes ausdrücklich anerkannt. Deren Erhalt wird aber deutlich zum Ziel gesetzt. Bund und Kantone werden verpflichtet, gemeinsam die Verständigung und den Austausch unter den Sprachgemeinschaften zu fördern. Es wird verhindert, dass die vier Sprachgemeinschaften das Verständnis füreinander verlieren und sich auf ein blosses Nebeneinander beschränken. Der Bund kann in Zukunft durch Verfassungsauftrag die Kantone Graubünden und Tessin bei der Erhaltung und Förderung ihrer Landessprachen wirksamer unterstützen. Der Bund wird auch verpflichtet, das Rätoromanische in seinem eigenen Sprachgebrauch besser zu berücksichtigen. Das Rätoromanische wird dadurch deutlich aufgewertet, und die erstrebte Gleichbehandlung aller vier Landessprachen kommt einen entscheidenden Schritt voran.



Nationalrat Duri Bezzola tritt an der Delegiertenversammlung der FDP in Rapperswil mehrsprachig und wortreich für die Annahme des revidierten Sprachenartikels ein. (Photo Ruti)

## Parolen

- |  |    |
|--|----|
| Revision des Sprachenartikels in der Bundesverfassung  | JA |
| Übertritt der bernischen Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura   | JA |
| Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung der Armeeangehörigen | JA |
| Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein               | JA |
| Aufhebung der Bundesbeiträge an Bahnhof-Parkplatzanlagen   | JA |

### Inhalt

- Sozialpolitik ist unser Hauptthema in dieser Nummer. Unter anderem mit einem Beitrag zur II. AHV-Revision und einem Interview über die Mutterschaftsversicherung. Lesen Sie ab Seite **5**
- Den Rückblick unseres Parteipräsidenten auf die Wahlen 1995 finden Sie ab Seite **10**



BERN DR. ...  
 FRANZ GEORG MAIER  
 DIR. SCHM. LANDESBIR.  
 MALLINSTRASSE 15  
 3003 BERN  
 231

# «Ordnung wiederherstellen»

Die russische Armee wollte im Dezember 1994 in einer Woche die «Räuberhöhle des Kaukasus» ausgeräuchert haben. Mittlerweile geht der Krieg in Tschetschenien ins zweite Jahr. Die jüngsten Geiselnahmen der Tschetschenen sind Verzweiflungstaten.

◉ Jacques Baumgartner

Jelzin hatte schon Ende 1991 Truppen in Tschetschenien einmarschieren lassen wollen, um die Republik, die sich unter Dschohar Dudajew für unabhängig erklärt hatte, in die Föderation heimzuholen.

Als sich Dschohar Dudajew, General a. D. der exsowjetischen Strategischen Luftstreitkräfte in Fernost, von Russland lossagte, hatte er die Vision, die Unabhängigkeit Tschetscheniens zum Ausgangspunkt für eine Konföderation nordkaukasischer Völker zu machen.

## Gefahr für den Kreml

Das abtrünnige Tschetschenien ist keine Gefahr für den Bestand der Russischen Föderation. Aber es ist Testfall für die Wirksamkeit der russischen Institutionen. Institution steht für Autorität des Kreml. Einem Auseinanderbrechen der Russischen Föderation wird ein russischer Bürgerkrieg, entlang politischer oder regionaler Fronten, vorausgehen. Da-

nach ist Sezession von nicht-russischen Republiken denkbar.

## Afghanisches Ausmass

Im vergangenen Dezember legten russische Luftwaffe und Artillerie in Gudermes ganze Strassenzüge in Schutt und Asche. Einige Dutzend tschetschenische Kämpfer hatten sich in der zweitgrössten Stadt der Republik verschanzt. Die Geiselnahmer, die daraufhin im südrussischen Kisljar ein Spital besetzten, um Verhandlungen zu erzwingen, stammten aus Gudermes. Offiziell sind jetzt die Geiselnahmer, die sich in Pjerwomaiskoje (Dagestan) verschanzt hatten, von russischen Eliteeinheiten, nach drei Tagen heftiger Kämpfe, «liquidiert» worden. Offiziell sind bisher 12 000 russische Soldaten in Tschetschenien gefallen. Die gleiche Zahl wurde nach zehn Jahren Afghanistankrieg genannt. Zugegeben wird in Moskau, dass 50 000 Menschen in Tschetschenien ums Leben gekommen sind. Wie die Ex-Sowjetunion ist auch Russland eher bereit, schwache Opponenten zu

zerschlagen, als souverän mit ihnen zu verhandeln.

## Dollarmilliarden-Gründe

Ein gewichtiger Grund des Tschetschenienkonfliktes ist Erdöl. Im Kaukasus geht es um Dollarmilliarden, auch um westliche. Auf diesen «unbemerkten Aspekt» hatte das russische Fernsehen schon bei Kriegsbeginn in Tschetschenien hingewiesen. Russland möchte die vollständige Kontrolle über das aserbeidschanische Erdöl, Erdgas und die Pipeline erzwingen, was letztlich auch (gesicherte) Kontrolle über den Kaukasus bedeutete.

## Im Schatten der Wahlen

Auf den erneuten Kriegsausbruch in Tschetschenien im vergangenen Dezember reagierte der Westen nicht. In westlichen Hauptstädten wird alles Erdenkliche getan, um Russland ausserpolitisch nicht zu isolieren und den Reformprozess in Russland nicht zu gefährden. Dem Westen fehlt es aber zunehmend an Instrumentarien, um auf Russland einzuwirken. Weder die Atlantische Allianz (Nato) noch die Vereinten Nationen (Uno) können sich in den Tschetschenienkonflikt einmischen. Und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

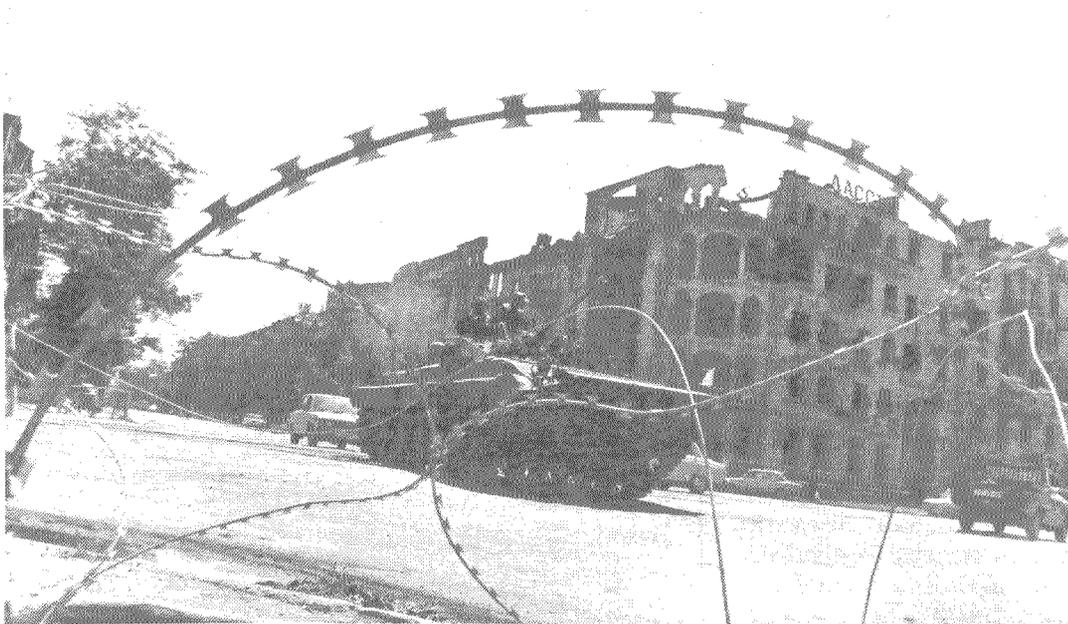
(OSZE), deren Stärkung ausgerechnet Russland verlangt, hat in den vergangenen Monaten an Einfluss und Wirkung verloren.

Im Dezember startete der Westen gebannt auf die Wahlen zur russischen Staatsduma (Parlament). Aus diesen sind die Kommunisten von Gennadi Sjaganow und die sogenannten Liberal-Demokraten von Wladimir Schirinowski als stärkste politische Kräfte hervorgegangen.

Die Duma-Wahlen waren Protest. Sie sind Stimmungsbarometer für die im Juli stattfindenden Präsidentschaftswahlen. Der denkbare Kandidat Boris Jelzin hofft offenbar, mit dem Vorgehen in Tschetschenien schon heute Punkte gewinnen zu können.

## Aussenpolitische Hauptstossrichtungen

Den härteren Ton gegenüber dem Westen hatte vergangenes Jahr schon Kosyrew vorgegeben. Bereits vor seiner Ernennung zum neuen Aussenminister nannte Jewgeni Primakow die aussenpolitische Hauptstossrichtung: «Die besondere Aufmerksamkeit gehört den Ereignissen, die unter den neuen Bedingungen eine geopolitische Bedrohung für Russland bedeuten können. Dazu gehört in erster Linie der Kurs auf die Nato-Erweiterung, der die Infrastruktur der derzeit mächtigsten militärischen Macht in der Welt an unsere Grenzen heranbringt. Die Auslandsaufklärung sucht nach einer Formel (!), die ein Heranrücken der Nato an unsere Grenzen ausschliesst.» Die «Formel» wird sein, dass Russland mit der Aufkündigung von Abrüstungsvereinbarungen, auch im nuklearen Bereich, droht. Frost gegenüber dem Westen ist angekündigt, deshalb reist Jelzin im März nach Peking. Russland wird engere Bande mit Iran und Indien knüpfen und versuchen, den Westen (USA) mit billigen Waffenangeboten im Nahen Osten und in Asien auszustechen. Im Uno-Sicherheitsrat wird es wieder mehr russische Vetos geben. . .



Ein russischer Panzer patrouilliert in Grosny, Juli 1995.

(Photo Keystone)

# Patrik Häberlin mag Menschen, die für ihre Überzeugungen eintreten

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Dass es der Menschheit gelingt, die Grundbedürfnisse eines jeden einzelnen Menschen zu befriedigen.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Vielleicht die Erkenntnis, dass meine Hoffnung eine Illusion ist.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Jede Zeit hatte wichtige Erfindungen. Die Atombombe aber ist zweifellos die entbehrlichste.

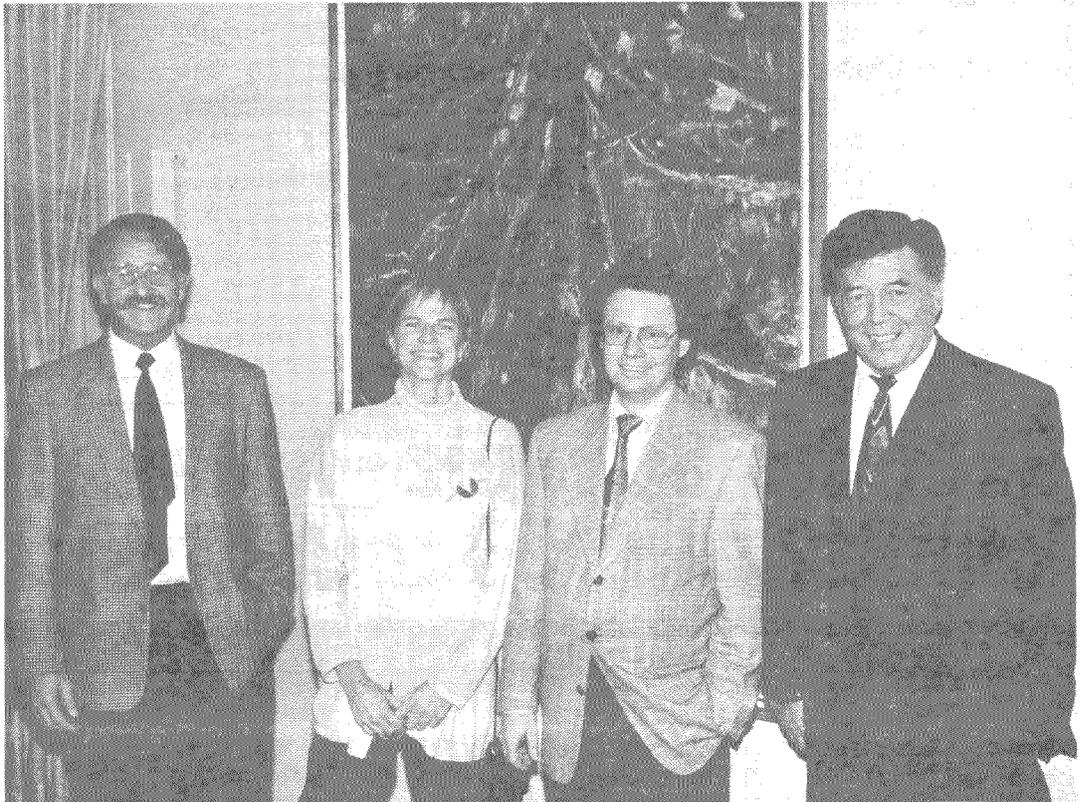
Was lieben Sie an der Schweiz?

Das Respektieren der Minderheiten in unserer föderalistischen Struktur.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Das zunehmende politische Desinteresse.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?



Patrik Häberlin (2. v. rechts) stellt seine Teamfähigkeit als Präsident der Stadtpartei Frauenfeld immer wieder unter Beweis. (Photo TZ)

Der erste Satzteil ist sicher zutreffend. Der zweite Satzteil ist zu vereinfachend.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil die FDP liberaler Politik verpflichtet ist, d. h. sich einsetzt für grösstmögliche Freiheit des einzelnen Menschen und Wahrung der menschlichen Würde in jeder gegebenen oder sich verändernden gesellschaftlichen Situation.

Privatwirtschaft, Departementssekretär, eigene Anwaltskanzlei seit 1989.

**Politischer Werdegang:** Gemeinderat in Dällikon ZH als Fürsorgevorstand und Vormundschaftspräsident. Seit 1994 Präsident FDP Frauenfeld.  
**Liebste Tätigkeit:** Politik und Diskussionen. Klavierspielen und Schreiben.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Da Politik nicht definiert werden kann, ist es auch richtig, dass kein Nobelpreis für Politiker verliehen wird. Nobelpreise werden für hervorragende Leistungen auf einem Gebiet verliehen. Politik aber ist umfassend.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Umsetzung seiner beziehungsweise ihrer Visionen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Ohne sie würden wir wohl aussterben.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwächen, was als Ihre persönliche Stärke?

Ich habe Gefühle!

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Peter Sloterdijk: Im selben Boot. Platon: Das Trinkgelage.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich spiele Klavier.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Komponieren.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Den Theologen Hans Küng. Er steht für seine Überzeugungen ein. ■

## KURZBIOGRAPHIE

**Zur Person:** Aufgewachsen in Afrika und in Zürich. Vater von 3 Kindern. Drang zur Unabhängigkeit, aber Freude an Geselligkeit.

**Alter:** 43

**Berufliche Stationen:** Rechtsanwalt, Rechtsdienst Steuerverwaltung, Steuerberater in der

# Mut zum Aufbruch

Die nüchterne Lagebeurteilung zeigt, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zusehends verschlechtert. Die bisherigen Massnahmen genügen nicht, um den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig zu dynamisieren. Persönlichkeiten aus der Schweizer Wirtschaft sowie namhafte Wissenschaftler rufen hier zu einem Mentalitätswandel im Sinne der Öffnung, des Wett-

bewerbs und der Innovation auf. Sie setzen sich für einen weiteren Anlauf zur marktwirtschaftlichen Erneuerung ein, im Bewusstsein, dass die weltweite Strukturrevolution eine permanente Herausforderung darstellt.

\* David de Pury / Beat Schmid / Heinz Hauser (Hrsg.): Mut zum Aufbruch. 1996, 80 S., brosch. Format 15,5 x 22,3 cm, ca. Fr./DM 28.--. Deutsche Ausgabe: ISBN 3 280 024 13 7. Bereits erschienen französische Ausgabe: ISBN 3 280 024 14 5.



# Geht die Schweiz kaputt?

Gaspard Schlatter, Teufen AR, engagiert in Politik und Industrie, will uns mit seinem Buch «Geht die Schweiz kaputt?» wachrütteln, uns aus den Träumen in die Wirklichkeit zurückholen. Darum analysiert er zuerst den Zustand der Schweiz und stellt dann Forderungen auf, um die Schweiz in allen Bereichen weltoffen und unabhängig zu machen. Er ist überzeugt, dass die Schweiz am Scheideweg zwischen selbstverschuldetem Untergang und Neubeginn steht.

Der gegenwärtig schlechte Zustand der Schweiz ist mit einer sich seit langem unaufhörlich ausdehnenden Krankheit zu vergleichen. Sie hat ihre Höhepunkte bei den Abstimmungen über den EWR, die Alpeninitiative und die drei Vorlagen über die Landwirtschaft gefunden. In diesem Zustand schlagen sich auch die andauernd wachsende Staatsverschuldung und der völlig ungerechtfertigte Anstieg von ausbezahlten Subventionen und Staatsbeiträgen nieder. Ausgelöst wird dieser von einer verantwortungslosen Politik der Legislative und der Exekutive, einer nur noch wenig innovativen, aber auf Anschluss ausgerichteten Wirtschaft wie auch von einem in vie-

len Belangen parasitären Verhalten der Verwaltungen. Mitschuldig sind ebenfalls Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht mehr mit einem selbst mitarbeiteten Wohlstand begnügen, sondern sich in eine unfinanzierbare Anspruchsgesellschaft gewandelt haben.

Gaspard Schlatter zeigt auf, dass der gegenwärtige Zustand der direkte Weg in den Abgrund ist und in die Abhängigkeit von Dritten führt. Dies zu verhüten ist nur möglich, wenn dem Leistungsprinzip in allen Lebensbereichen wieder erste Bedeutung beigemessen wird. Das besagt, dass die staatliche Macht abgebaut und den Grundsätzen von Freiheit, Verantwortung und Solidarität unterstellt wird. Gleichzeitig soll die staatspolitische Verantwortung für Bürgerinnen und Bürger mit Fragen der Aussen- und Finanzpolitik ausgeweitet werden. Schliesslich ist die Privatisierung öffentlicher Aufgaben unter Wahrung der Chancengleichheit und der Gerechtigkeit voranzutreiben.

\* Gaspard Schlatter: «Geht die Schweiz kaputt?», Verlag Schläpfer & Co. AG, 9101 Herisau, Format 13x21 cm, 336 Seiten, illustriert mit Zeichnungen, broschiert Fr. 28.50, im Buchhandel erhältlich.

# Abfallwirtschaft – Auftrag und Praxis



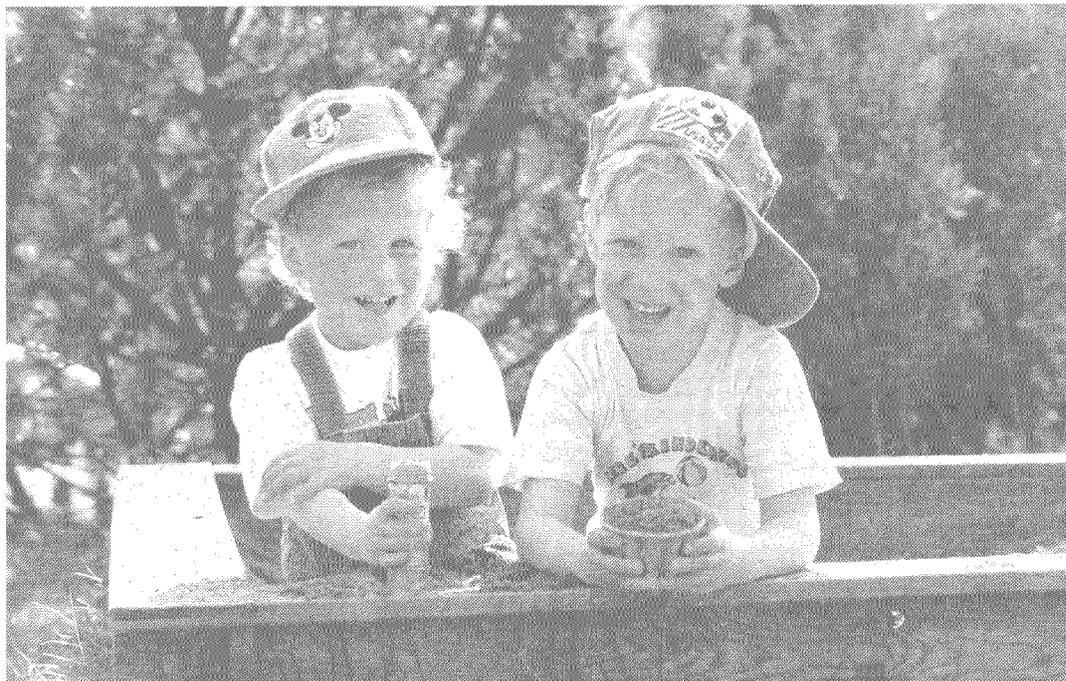
organisation, Technik, Kontrolle und Auswertung.

Betriebswirtschaftliche Aspekte der Abfallwirtschaft werden schrittweise erläutert. Es wird aufgezeigt, dass ökonomische und ökologische Anforderungen nicht im Widerspruch stehen, sondern sich gegenseitig ergänzen. Zahlreiche praxiserprobte Methoden und Hilfsmittel werden ausführlich dargestellt und machen das Werk zu einem idealen Handbuch für den Alltag der Abfallwirtschaft.

\* Dr. P. Finckh: Abfallwirtschaft – Auftrag und Preis. 1995, Orell-Füssli-Verlag, Zürich, 205 Seiten, broschiert Fr. 79.--, ISBN 3 280 02381 5.



Die Berechnungen sprechen für sich: Unsere Sozialversicherungen drohen in den Bereich der roten Zahlen abzugleiten. Unerlässlich sind daher wohlüberlegte Massnahmen, die gewährleisten, dass auch den kommenden Generationen jene Werke erhalten bleiben, die für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft schlechthin stehen.



Die Sozialwerke sichern heisst, auch für die kommenden Generationen zu sorgen.

(Photo Senn)

## Sozialwerke sichern: Für uns und kommende Generationen

Regine M. Sauter

Rund dreissig Prozent des Sozialproduktes werden in der Schweiz heute für die soziale Sicherheit ausgegeben. Dies ist eine Tatsache, die es sich vor Augen zu halten gilt in der zunehmend emotionaler geführten Diskussion über den Zustand und die Zukunft unserer Sozialversicherungswerke. Das System der sozialen Sicherheit in der Schweiz ist gut ausgebaut. Dieses System ist jedoch dynamisch gewachsen, ausgebaut und den jeweiligen Bedürfnissen angepasst worden, was dazu geführt hat, dass sich Überschneidungen, aber in einzelnen Bereichen auch Lücken und Unzulänglichkeiten ergeben haben. Die Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherheit heute führen muss demnach heissen, darüber nachzudenken, wo Bedürfnisse, wo Doppelspurigkeiten, wo Mängel bestehen. Es gilt aber auch, sich darüber Gedanken zu machen, wer Begünstigte der staatlichen sozialen Leistungen sein können und – an erster Stelle –

wie diese Leistungen künftig sichergestellt, d. h. finanziert werden können. Schreibt man das heute bestehende System unverändert fort, zeichnen sich Defizite in Milliardenhöhe bereits im nächsten Jahrtausend, wenn nicht gar schon früher ab.

### Die Tatsachen

Im ersten Halbjahr 1995 musste für die Zahlung der laufenden AHV-Renten erstmals auf den Fonds zurückgegriffen werden. Je nach Szenario sind ständige Defizite in der AHV-Rechnung bereits ab dem Jahr 2000, spätestens aber nach 2005 zu erwarten. Die IV ist bereits heute stark verschuldet, und ihre Defizite werden dem AHV-Fonds belastet.

### Gesamtüberblick schaffen ...

Es gilt heute, die Sozialversicherung in einem Gesamtkontext zu betrachten. Die einzelnen Zweige müssen untereinander koordiniert, das Ganze auf Doppelspurigkeiten und Effizienzverluste untersucht werden. Neue Leistungen müssen kritisch überprüft werden. Der Vorschlag von

Bundesrat Kaspar Villiger, nicht mehr über die Finanzierung jedes einzelnen Sozialversicherungsbereichs allein zu diskutieren, sondern von der Finanzierung des gesamten Systems zu sprechen, geht von diesem Gedanken aus und spinnt ihn weiter: Zuerst wird darüber zu befinden sein, wie viele zusätzliche Einnahmen Volk und Wirtschaft den Sozialwerken noch beizusteuern bereit sind bzw. beisteuern können, ohne den Werkplatz Schweiz zu gefährden. Innerhalb dieses Finanzrahmens gilt es, mittels «Feinmechanik» die Mittel optimal auf die vier grossen Sozialwerke (AHV, IV, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) zu verteilen.

### ... und neu strukturieren

Das bestehende System der Altersvorsorge dabei grundsätzlich in Frage zu stellen wäre indes falsch. Die drei Säulen, auf denen es beruht, haben sich nämlich bewährt. Eine Verschiebung des Gewichts zwischen den drei Säulen ist abzulehnen, denn jede hat ihre eigene Funktion und Bedeu-

tung. Diskussionen über Abschaffung, vollständige Privatisierung oder Freiwilligerklärung aller oder einer dieser drei Säulen zielen demnach sowohl an der politischen als auch der wirtschaftlichen Realität vorbei. Anstelle eines allgemeinen Ausbaus der AHV ist in diesem Sinne vielmehr eine definitive Verankerung der Ergänzungsleistungen in der Bundesverfassung zu fordern. Diese können nämlich dort eingesetzt werden, wo ein ausgewiesenes Bedürfnis besteht. Damit kommt man gleichzeitig dem Postulat nach, Leistungen im Sozialbereich nicht mit der Giesskanne, sondern gezielt zu verteilen.

### Die Lösung

Zur Sicherstellung unserer Sozialwerke ist ein Mix von verschiedenen Massnahmen nötig. Eine Kombination aus neuen Einnahmen, gezielteren Ausgaben und weiteren Sanierungsmassnahmen im Rahmen einer Gesamtkonzeption kann helfen, das zu sichern, worauf die soziale Sicherheit der Schweiz aufgebaut ist. ■

## KOMMENTAR



Seit Bundesrätin Dreifuss das Finanzloch bei AHV und IV öffentlich zugegeben hat, eskaliert die Diskussion zur Sozialpolitik. Wie bei der Krankenversicherung entbrennt auch bei der AHV/IV die Diskussion erst nach der Volksabstimmung. In beiden Fällen hat das zuständige Departement vor der Abstimmung die finanziellen Konsequenzen beschönigt. Die Wahrheit erkennt das Volk im nachhinein. Die Lage erfordert deshalb Nüchternheit und die Rückbesinnung auf Elementares.

■ Seit der Schaffung der modernen Eidgenossenschaft bildet die Sozialpolitik die stärkste Stütze unseres kostbaren Gutes, des inneren Friedens. Mit ihm steht und fällt die Schweiz und ihre wirtschaftliche Prosperität.

■ Jeder Teilbereich der Sozialpolitik kann nur mit Zustimmung des Volkes verändert werden. Weder departementale Finanzmärchen noch theoretische Szenarien sind geeignet, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen.

■ Staatliche Tätigkeiten neigen dazu, aus dem Ruder zu laufen.

Was ist zu tun? Als erstes ist die Praxis in Bund, Kantonen und Gemeinden zu überprüfen. Als zweites sind Prioritäten zu definieren. Die Politik muss klarmachen, dass die Sicherung von AHV und IV klar im Vordergrund steht. Neue sozialpolitische Themen sind nur anzupacken, wenn sie gleichzeitig mit der Frage der Finanzierung gekoppelt werden. Drittens ist die Effizienz der Sozialverwaltung aller Stufen zu verbessern.

Rasches Handeln ist unumgänglich. Jetzt sind die Regierungen und die Parlamente gefordert. *Christian Kauter, Generalsekretär FDP der Schweiz*

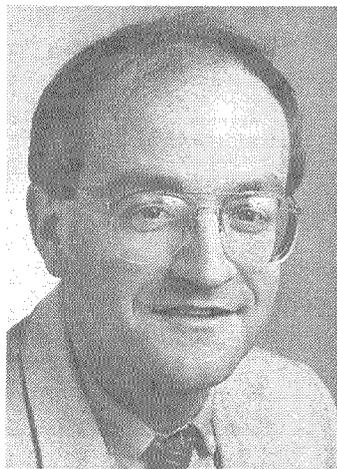
# Die Notwendigkeit einer raschen 11. AHV-Revision

FDP-Ständerat  
Dr. Fritz Schiesser, Glarus

Dass die Finanzierung der AHV auf längere Frist grosse Probleme bereiten würde, war spätestens seit der Veröffentlichung der Botschaft über die 10. AHV-Revision bzw. des darin enthaltenen Berichts über den Einfluss der demographischen Entwicklung auf die Finanzierung der AHV jedermann bekannt, der es wissen wollte. Dabei ist einzugestehen, dass anfänglich nur wenige Stimmen auf die dramatischen Veränderungen im Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenbezüglern innerhalb nur einer Generation nachdrücklich aufmerksam machten. Spätestens aber nach dem kompletten Umbau der 10. AHV-Revisionsvorlage durch den Nationalrat und den sich daraus ergebenden Kostenfolgen mussten die künftigen grossen Probleme der AHV auch für ein breiteres Publikum erkennbar sein. Das Störmanöver des öffentlichen Briefes von Frau Bundesrätin Dreifuss im Vorfeld der Referendumsabstimmung über die 10. AHV-Revision vermochte daran nichts zu ändern.

## Von den Ausbauintiativen zu den Defiziten

Nach der (erfolgreichen) Referendumsabstimmung beherrschten vorerst die Unterschriftensammlungen für verschiedene Volksinitiativen, mit denen die beschlossene Erhöhung des Frauenrentenalters rückgängig gemacht und das System des flexiblen Rentenalters eingeführt werden soll, die AHV-Politzene. Plötzlich aber wurde es eigenartig ruhig um diese Initiativen. In der Folge traten Fragen der mittel- und langfristigen Finanzierung der AHV im besonderen und der Sozialwerke im allgemeinen in den



Ständerat Fritz Schiesser.

Vordergrund. Die Medienberichte, die eine viel raschere Verschlechterung der Finanzlage der AHV ankündeten, als es das EDI wahrhaben wollte, und der vom Gesamtbundesrat nur mit Vorbehalten zur Kenntnis genommene, nicht aber genehmigte Drei-Säulen-Bericht des EDI beherrschten die Szene.

In dieser Lage sah sich Frau Bundesrätin Dreifuss veranlasst, in der «Arena» mit konkreten Zahlen aufzuwarten. Von 4 bis 5 Prozent Mehrwertsteuer, zusätzlich zum verfassungsrechtlich bereits beschlossenen Mehrwertsteuerprozent für die AHV, war hier die Rede, damit die bis ins Jahr 2010 zu erwartenden Defizite aufgefangen werden können.

## Verändertes Umfeld

Alle vorhandenen Zahlen weisen darauf hin, dass wir uns bei der AHV schon auf der schiefen Ebene befinden, dass die Trendwende, namentlich wegen der Mehrkosten der bereits 1993 beschlossenen Rentenformel-Änderung sowie wegen des schlechten wirtschaftlichen Umfeldes, bereits 1995 eintritt. Selbst im Szenario «Moderates Wachstum» sind die Aussichten für eine nachhaltige Sicherung der AHV wenig verheissungsvoll, zumal für den besonders kritischen Zeitraum nach 2010 noch gar keine Zahlen vorliegen.

## Rasches Handeln

In dieser Situation hat auch das Parlament, das letztlich die politische Verantwortung trägt, in einem innenpolitisch derart wichtigen Bereich wie der AHV das Heft in die Hand zu nehmen. Es hat klare Zielvorgaben zu setzen, auch in zeitlicher Hinsicht. Es geht nicht an, dass Bundesrat und Verwaltung ihren Zeitplan für die 11. AHV-Revision in eigener Regie aufstellen, an den sich das Parlament gefälligst zu halten hat, unbesehen seiner Bedürfnisse und seiner Einschätzung der Lage. Das kann kein Parlament hinnehmen. Der vom Ständerat in der Wintersession 1995 mit 28 zu 7 Stimmen überwiesene Vorstoss bringt dieses Unbehagen zum Ausdruck. Es ist zu hoffen, dass der Nationalrat dem Bundesrat ebenfalls einen verbindlichen Auftrag erteilt. ■

## IMPRESSUM

### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

### Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Dr. Markus R. Seiler (MRS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

### Inseraten-Verwaltung:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

### Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-  
Jahresabonnement Fr. 20.-

# Minimale Anerkennung

Das Thema Mutterschaftsversicherung nimmt innerhalb der Diskussionen um die künftige Ausrichtung und Ausgestaltung der Sozialpolitik einen wichtigen Platz ein. Zahlreiche Modelle wurden in den vergangenen Wochen und Monaten vorgestellt, modifiziert, wieder verworfen. Christine Beerli, Berner FDP-Ständerätin, und Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin und Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, beantworten Fragen.

**FDP: Was müsste die Aufgabe einer Mutterschaftsversicherung heute sein? Haben sich die Voraussetzungen seit Einführung des Verfassungsartikels (1945) geändert?**

*Christine Beerli:* Natürlich haben sich die Voraussetzungen seit 1945 geändert. Heute sind alle Frauen für die medizinischen Kosten der Geburt und die Kosten des Spitalaufenthaltes versichert. Offen bleibt die Abgeltung des durch die Niederkunft verursachten Lohnausfalles. Das Arbeitsgesetz verbietet die Beschäftigung von Wöchnerinnen während 8 Wochen nach der Geburt. Nicht alle Frauen erhalten jedoch während dieser 8 Wochen den Lohnausfall ausgeglichen. Andere jedoch (z. B. Beamtinnen) sind schon heute während 16 Wochen versichert.

*Franziska Frey-Wettstein:* Heute muss eine Mutterschaftsversicherung Lohnfortzahlungen für berufstätige Mütter und eine minimale Anerkennung für Mütter, die auf ihren Beruf zugunsten von Familienarbeit verzichten, enthalten. Der Verfassungsartikel ist nicht erfüllt. Die Tatsache, dass sich die Bedingungen für die Mütter in den letzten 50 Jahren geändert haben, entbindet uns nicht von der Aufgabe, das Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter durchzusetzen.

**FDP: Für wen soll es eine Mutterschaftsversicherung geben?**

*C. B.* Die Mutterschaftsversicherung ist für mich in erster Linie eine Lohnausfallversicherung, welche den Schaden ausgleicht, den die Wöchnerin durch den

Arbeitsausfall bei der Niederkunft erleidet. Hier sollen alle Frauen, ob Verkäuferinnen oder Beamtinnen, gleichgestellt werden. Ein Anerkennungsbeitrag auch an nichterwerbstätige Mütter ist zwar familienpolitisch sympathisch, fällt jedoch für mich nicht unter den Begriff Mutterschaftsversicherung.

*F. F.* Alle Frauen erhalten eine Erwerbsausfallentschädigung von 100 Prozent während 16 Wochen.

**FDP: Wie sollte eine Mutterschaftsversicherung in den Grundzügen ausgestaltet sein?**

*C. B.* Als Versicherung, welche wie bei anderen Sozialversicherungen (z. B. UVG) 80 Prozent des durch die Niederkunft erlittenen Lohnausfalles ersetzt.



«In erster Linie Lohnausfallversicherung.»

*F. F.* Ein solches Modell stützt sich auf eine bekannte Grösse, nämlich auf das maximale rentenbildende AHV-Einkommen. Ein Plafond verhindert die «Giesskanne». Nichterwerbstätige Frauen erhalten viermal die monatliche Mindestrente der AHV.

**FDP: Wie kann die Mutterschaftsversicherung finanziert werden?**

*C. B.* Wenn die Mutterschaftsversicherung eine reine Lohnausfallversicherung ist, kann sie auch über Lohnprozente finanziert werden. Es werden dazu etwa 0,35 Prozent benötigt. Die Belastung wird insgesamt für die Wirtschaft nur unwesentlich erhöht, jedoch gleichmässig über alle Branchen verteilt.

*F. F.* Den Lohn für die ersten 8 Wochen bezahlt der Arbeitgeber. Dies entspricht etwa den bereits heute von den Arbeitgebern erbrachten Leistungen. Weitere 8 Wochen und die Leistungen für die Nichterwerbstätigen werden über die Mehrwertsteuer finanziert. Die Kosten dieses Modells entsprechen ungefähr denjenigen im Vernehmlassungsentwurf des Bundesrates. Es hat aber den Vorteil, dass alle Frauen grundsätzlich gleich behandelt werden. Auch die Arbeit der nichterwerbstätigen Frauen wird anerkannt, analog der 10. AHV-Revision, die erstmals mit den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften auch Hausfrauenarbeit anerkennt.

**FDP: Wie schätzen Sie die politische Realisierbarkeit ein?**

*C. B.* Die Chancen der Realisierbarkeit stehen zurzeit nicht gut. Der Auftrag zur Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung steht aber bereits seit 1945 in der Verfassung und sollte nunmehr endlich erfüllt werden. Wollen wir das Fuder jedoch ohne Schaden ans Trockene bringen, so darf es auf gar keinen Fall überladen werden.

*F. F.* Die Frage der politischen Akzeptanz hängt von vielen Faktoren ab. Bei der heutigen ungünstigen Wirtschaftslage haben es Frauenanliegen in bürgerlichen Kreisen noch ein bisschen schwerer, als dies normalerweise der Fall ist. Letztlich wird der Bundesrat darüber entscheiden

müssen, ob er den Zeitpunkt für einen neuen Anlauf in Sachen Mutterschaftsversicherung für gekommen hält. Wir Frauen haben 50 Jahre gewartet, wir können auch noch etwas länger warten.



«Der Verfassungsartikel ist nicht erfüllt.»

**FDP: Gäbe es allenfalls Alternativen zu einer Mutterschaftsversicherung, wie den Anliegen der Mütter ebenfalls geholfen werden kann?**

*C. B.* Mit einer Revision des Obligationenrechts könnte die Lohnzahlungspflicht der Arbeitgeber bei Niederkunft der Arbeitnehmerin allenfalls auf 8 oder mehr Wochen verlängert werden. Ich stehe dieser Art des Vorgehens kritisch gegenüber, weil dadurch Gewerbe- und Kleinbetriebe, welche viele Frauen beschäftigen (Coiffeure, Detailhandelsgeschäfte, Arzt- und Zahnarztpraxen), stark belastet werden.

*F. F.* Eine Alternative zur Mutterschaftsversicherung wäre letztlich nur eine umfassendere Regelung, die den Bedürfnissen der ganzen Familie längerfristig Rechnung tragen würde. Es sind Vorschläge dazu in die Vernehmlassung gegangen, sie sind aber alle bedeutend teurer als der vorliegende Vorschlag. Die Mutterschaftsversicherung ist ein Versprechen, das vor 50 Jahren abgegeben wurde, aber nicht eingehalten wurde.

Interview MRS

Mehr zum Thema auf Seite 15

**FDP SCHWEIZ INTERNATIONAL**

**Wer wir sind**

Wir sind eine politische Vereinigung für Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die im Ausland leben. Als Mitglied der Freisinnig-Demokratischen Partei ist die FDP SCHWEIZ INTERNATIONAL dem liberalen und freisinnigen Gedankengut verpflichtet. Wir stehen ein für die Werte Freiheit, Offenheit, Toleranz und Solidarität.

**Was wir wollen**

Als erste Partei in der Schweiz haben wir uns mit der Gründung der FDP SCHWEIZ INTERNATIONAL zum Ziel gesetzt, den Auslandschweizern die politische Mitbestimmung und die aktive Mitgestaltung auf eid-

genössischer Ebene zu erleichtern und ihre Anliegen auf politischer Ebene zu vertreten. Indem sie ein weltweites Kontakt- und Informationsnetz aufbaut, will die FDP SCHWEIZ INTERNATIONAL zwischen Schweizern im In- und Ausland Brücken schlagen. Als Begegnungsforum verhilft sie Rückkehrern zur raschen und problemlosen Reintegration in der Heimat.

**Mitglied kann werden**

- wer Schweizer Bürger ist,
- sich zu den liberalen und freisinnigen Grundsätzen bekennt und
- das 18. Altersjahr erreicht hat,
- sich dauernd oder vorübergehend im Ausland aufhält. ■

**LESERBRIEF**

# Begeisterung schadet nicht

*Liebe FDP International*

Als neugebackenes Parteimitglied danke ich herzlich für all die Informationen. Ich legte treu die FDP-Liste ein bei den Wahlen. Was ich an der Partei am meisten schätze, ist die Dauer des Bestehens und das Kaliber an Vertretern. Sie verkörpert wahrscheinlich den Willen des Volkes

besser als die andern. Politik ist wie ein Glauben. Man muss überzeugt sein, Gefühl haben für das Ganze und im Sozialwesen nicht zu arg «über die Schnur hauen», wie vielerorts.

Leider ist die Anzahl Mitglieder der FDP Schweiz International, von all diesen «Vögeln» in aller Welt, noch eher bescheiden. Nach meiner Erfahrung mit all meinen vielen Kontakten hier und dort sind die Leute nur schwer zu haben für wirklich sachliche Politik. Den Menschen in der Schweiz hat die Hochkonjunktur nicht nur Vorteile verschafft, und ich sah das schon vor vielen Jahren. Ein wenig Begeisterung schadet nichts. Happy New Year.

*Edwin Brander,  
Orinda, Kalifornien, USA  
Mitglied FDP International*

## Die fünfte Landessprache: politonesisch?



Beim Politonesischen handelt es sich um eine inoffizielle Sprache. Ihre Ähnlichkeit mit Worthülsen und Kauderwelsch ist verblüffend; sie liegt irgendwo zwischen Schwulst und Vernebelung, Hochnäsigkeit und Flachsinn. Am besten eignet sie sich für das Dreschen von leerem Stroh. Und das Fatale: viele Politikerinnen und Politiker beherrschen sie und leisten für ihre Verbreitung einen im wahren Sinn des Wortes unsäglichem Beitrag.

Die Abstimmung vom 10. März über den Sprachenartikel bietet Anlass für die Überlegung, ob die Sprache nicht am schlimmsten bedroht wird von jenen, die sie gesetzgeberisch schützen wollen. Sicher jedenfalls ist, dass die Demokratie für ihre Lebensfähigkeit eine klare, wahre und verständliche Sprache braucht. Wenn die Bürgerinnen und Bürger wissen müssen, worum es geht, dann ist die Politik und mit ihr die Verwaltung dringend gehalten, klar, wahr und verständlich zu sagen, worum es denn wirklich geht.

Das beginnt bei den bundesrätlichen Botschaften, setzt sich fort mit den Voten im Parlament und endet über die Medienauftritte bei den Rechtserlassen.

Heute üben sich Politikerinnen und Politiker in der Kunst viel zu reden und wenig zu sagen. Worthülsen und Sprechblasen zählen ebenso zu ihrer Rhetorik wie gespreizte Fremdwörter, die einen Sachverhalt mehr verschleiern als erhellen oder fehlende Kompetenz vortäuschen. Muss das so sein? Hören die Bürgerinnen und Bürger überhaupt noch hin? Oder wenden sie sich gelangweilt und still protestierend vom unehrlichen und effektloschweren Politonesischen ab? Nach der Redeweise so

mancher und zu vieler Volksvertreter muss es sich bei der Politik um etwas Mystisches handeln, vielleicht auch bloss um etwas Nebulöses oder schlicht Komisches, aber gewiss nicht um die bürgernahe öffentliche Sache.

Ich habe meine erheblichen Zweifel, ob eine Mehrheit der Stimmberechtigten ein strukturelles von einem konjunkturellen Defizit unterscheiden kann und die Deregulierung von der Revitalisierung. Diese Skepsis beginnt bei mir bereits bei Begriffen wie «bilateral», «multilateral» und «Netzvariante», restlos zu schweigen von «Bottom Line», «Transferhaushalt» und «Internalisierung der externen Kosten».

Die politischen Exponenten schaffen es, für jedermann wichtige Themen wie Wirtschaft, Soziales, Verkehr, Finanzen und Gesundheit als Bücher mit sieben Siegeln darzustellen. Das ist undemokratisch. Demokratie kann und darf doch nicht die Staatsform der Floskeln, Geheimvokabeln und Nebelkerzen sein. Ich weiss um die Schwierigkeit, komplexe Sachverhalte plausibel zu schildern. Doch wenn die Lösung in Schönfärberei mündet, dann können wir das Parlament seelenruhig ersetzen durch den «Zischigsclub» und die «Arena» und die Urnengänge durch repräsentative Meinungsumfragen.

Im Ernst bin ich der Auffassung, das Politonesische sei sofort abzuschaffen und durch eine jedermann verständliche und faire Sprache zu ersetzen. Es genügt, wenn sich die Sprache auszeichnet durch Genauigkeit, Fassbarkeit, Ehrlichkeit und nicht zuletzt durch Achtung vor den Bürgerinnen und Bürgern. Den Gewinn hätte unsere Staatsform.

*Alex Bänninger, Publizist,  
Präsident des Freisinnigen  
Presseverbandes  
der Schweiz, Zürich*

# Noch weiter links ist die Wand

**Im Dezember hat die SP-Fraktion beschlossen, die drei auf PdA-Listen gewählten Nationalräte in ihre Reihen aufzunehmen. Dieser Entscheid zeigt nicht nur, dass die Genossen rechnen können. Er legt Widersprüche sozialdemokratischer Politik offen und setzt ein Fragezeichen hinter deren politische Glaubwürdigkeit.**

Markus R. Seiler

Um ein paar Kommissionssitze zu gewinnen, haben die Genossen nun auch den letzten verbliebenen Vertreter der extremen Linken die Fraktionstüren geöffnet. Mit diesem Entscheid hat die SP die Arithmetik vor die eigene Glaubwürdigkeit gestellt. Gab sie

sich noch im Wahlkampf betont moderat und wirtschaftsfreundlich, hat sie nun wieder einen klaren Linksrutsch vollzogen. Die Frage sei erlaubt: Wie gross wäre der Aufschrei gewesen, wenn aus gleichen Erwägungen eine Allianz einzelner bürgerlicher Bundesratsparteien mit der Freipartei oder den Schweizer Demokraten gezimert worden wäre?

## Mitregieren und nach links aussen schieben

Im Dezember veröffentlichten die vier Bundesratsparteien eine gemeinsame «Erklärung zur Zusammenarbeit auf der Basis konstruktiver Kompromisse». Darin kamen sie unter anderem überein, sich gemeinsam für die Sanierung der Bundesfinanzen und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz einzusetzen, aber auch etwa das Thema Migrationspolitik anzuge-

hen. Dies alles unter der Anerkennung der Werte der schweizerischen Staatsidee mit äusserer und innerer Sicherheit sowie rechtsstaatlicher Demokratie.

Just am selben Tag nun teilte die SP in einem dürren Communiqué zur Aufnahme der PdA-Nationalräte mit, die Aufnahme der drei Linksaussen-Vertreter führe zu einer Verstärkung der Linken und diene somit all jenen, die sich für eine «fortschrittliche Politik in der Schweiz» einsetzen. Wer sich nun die Mühe macht, nach Elementen der so gerühmten «fortschrittlichen Politik» der PdA zu suchen, stellt vor allem eines fest: Die in dieser Partei versammelten Altkommunisten und Neomarxisten trachten auch sechs Jahre nach dem Fall der Mauer noch danach, die Gesellschaft nach sozialistischem Muster radikal umzugestalten. Bekenntnisse zur Notwendigkeit der Sanierung der Bundesfinan-

zen oder gar zur inneren und äusseren Sicherheit fehlen vollkommen.

## Die SP surft auf ihren Widersprüchen

Diese Signale einer konzeptionell völlig desorientierten SP, die widersprüchlicher kaum sein könnten, verheissen in bezug auf die künftige sachpolitische Marschrichtung der Genossen allenfalls viel Überraschendes, kaum aber Gutes. Mehr oder weniger geschickt gelang es der SP bis anhin, auf ihren eigenen programmatischen Widersprüchen zu surfen. Es ist aber eine Frage der Zeit, bis das Wasser nicht mehr trägt. Denn fest steht: Eine extreme Linke ausserhalb der SP existiert im Parlament nicht mehr. Weiter links ist nur noch die Wand. ■



Ob soviel Opportunismus wenden sich sogar die drei Eidgenossen im Bundeshaus ab.

(Photo Stahl)



Nach der letzten Session der Legislatur 1991–1995: Reinemachen für das neue Parlament.

(Photo Stahl)

## Freisinnige Lösungen mehrheitsfähig machen

**Bei den Wahlen vom Oktober 1995 haben wir nicht verloren, wir haben auch nicht gewonnen. Natürlich haben wir uns mehr zum Ziel gesetzt. Wir haben es nicht erreicht. Es muss deshalb vermehrt darum gehen, freisinnige Lösungen mehrheitsfähig zu machen.**

**Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger**

Bei der Rangliste der Fraktionsstärke sind wir von der Volksfrontfraktion überflügelt worden. Nach den Neomarxisten verstärken nun auch Altmarxisten die

SP-Fraktion. Stellen Sie sich einmal vor, das gleiche würde sich auf der rechten Seite ereignen. Nachdem aber auf Grund des vom Bund in Auftrag gegebenen Rechtsextremismusberichtes alles rechtsextrem ist, was nicht links ist, heisst wohl die neue Einteilung: «gute Linke» und «böse Rechtsextreme».

Insgesamt sind die Bundesratsparteien gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen. Die beiden Bundesratsparteien am Rand mit strukturkonservativen Positionen und der Neigung zum Doppelspiel «Regierung - Opposition» haben Protestwähler aufgesogen und so ihre Positionen gestärkt. An der Grosswetterlage links - bürgerlich hat sich sehr wenig geändert.

### Strukturkonservative SP und SVP

Wir hatten eine bedrohliche Ausgangslage mit der Gefahr einer profillosen Mitte. Links und rechts hatten wir es mit strukturkonservativen Positionen zu tun. Die Linke operiert mit den Attributen sozial, umweltbewusst und europaorientiert. Die SVP gab sich konservativ, heimatverbunden und ablehnend Europa gegenüber. Nachdem die Medien die Europapolitik in den Mittelpunkt gestellt hatten, konnten die SP und SVP das Thema Europa als offensives Schattenboxen und Ablenkungsmanöver verwenden. Damit konnte das Lavierende in Hauptfragen verdeckt und konnten Widersprüche ver-

schleiert werden. Auf Grund dieser Ausgangslage versuchten wir, unsere Fraktion auf eine mittlere Position in der Europafrage zu einigen, was auch gelungen ist. Gleichzeitig wollten wir mit unseren Hauptthemen Wirtschaftsstandort Schweiz im globalen Wettbewerb, Bundesfinanzen und realistische Sozialpolitik den Durchbruch schaffen.

### Gegnerisches Bühnenbild übernommen

Diese Strategie konnten wir nur sehr teilweise durchsetzen. Das Problem am europapolitischen Beschluss der Delegiertenversammlung in Interlaken war nicht der Entscheid an sich, sondern die Tatsache, dass wir das Bühnenbild unserer Gegner

übernommen und das Thema Wirtschaft selbst verdrängt haben. Wer von den Medien war noch anwesend, als wir am Samstag dann unser Hauptthema Wirtschaft behandelt haben?

Aus diesen und weiteren Gründen ist ein eher diffuses Bild über unsere Positionen entstanden. Dazu kamen noch einige wenig

«Das Problem am europapolitischen Beschluss in Interlaken war nicht der Entscheidung, sondern dass wir das Bühnenbild der Gegner übernommen haben.»

überlegte Aktionen in Kantonen und aus Kantonen sowie das Problem, dass wir uns oft im Kampf mit den von eigenen Leuten produzierten Karikaturen von uns befanden. Schliesslich war die Mobilisierung unterdurchschnittlich. Übersehen habe ich, dass wir – teilweise selbstverschuldet – eher als elitär empfunden werden. Ich habe geglaubt, dass dies überwunden sei. Die Gewinner der Wahlen vertreten strukturkonservative Posi-

tionen und haben auch «Sprengstoff eingekauft». Ich denke an progressive Linke und den Zulauf europafeindlicher Bauern bei der SVP: Die SP verteidigt den Verteilungs- oder sozialpolitischen Status quo und verspricht in der Europa- und Wirtschaftspolitik die Quadratur des Kreises. Es besteht die Gefahr einer sozialistischen Restauration auf Samtpfoten, teilweise mit einem liberal-marktwirtschaftlichen Vokabular. Neu wird auch der «Kaufkraftklasse» um 100 000 Franken soziale Betreuung und finanzielle Unterstützung versprochen.

Für die Nostalgie der SVP besteht nach wie vor ein Markt. Angesichts der globalen und nationalen Rahmenbedingungen wird man aber die Status-quo-Wünsche der europakritischen Bauernschaft kaum befriedigen können, ohne sich Probleme in der Finanz- und Wirtschaftspolitik einzuhandeln. Es gibt eben weder durch Integration noch durch völliges Abseitsstehen Erlösung.



Parteipräsident Franz Steinegger: Einem nachdenklichen Blick zurück ...

### Unsere Positionen durchsetzen

Für uns besteht die Chance, eine Vision Schweiz für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Die Frage

ist nicht, ob bipolar, tripolar oder nach variabler Geometrie politisiert wird. Es besteht das Bedürfnis nach zukunftstauglichen und erkennbaren Positionen, für die man nach Mehrheiten sucht. Wir

«Die SP möchte «die Schweiz sozialer machen». Dabei sind 1960 13 Prozent der Bundesausgaben in die soziale Wohlfahrt geflossen, 1996 werden es über 27 Prozent sein.»



... folgt ein optimistischer Ausblick in die Zukunft.

(Photo ruti)

Fortsetzung auf Seite 12



Delegiertenversammlung vom 20. Januar 1996 in Rapperswil: In welche Richtung wird der freisinnige Kompass in Zukunft zeigen? (Photos ruti/Senn)

Fortsetzung von Seite 11

sondern der Realität ins Auge schauen. Dann müssen wir die Frage beantworten, wie die Schweiz in einer ziemlich unfreundlichen Weltwirtschaft ohne starke Einschränkung der Handlungsfreiheit und ohne Gefährdung des sozialen Zusammenhaltes überleben will. Gleichzeitig stellt sich die ethische Frage, ob wir der nachfolgenden Generation Freiheiten oder ökologische und finanzielle Altlasten vererben wollen. Die SP möchte «die Schweiz endlich sozialer machen». Dabei sind 1960 13,4 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes in die soziale Wohlfahrt geflossen. Im Voranschlag 1996 sind es 27,3 Prozent.

Man kann also die Diskussion über die Zukunft unseres Landes nicht einfach mit Sozialabbauvorwürfen zudecken. Selbst wenn sich die Kluft zwischen Arm und Reich vergrössert hätte, müsste man sich fragen, warum denn diese Mehrausgaben nicht zum Ziele führen, warum bei diesen Steigerungsraten kein Fortschritt zu verzeichnen ist.

Was ist zu tun?

Was ist zu machen, wenn trotz immer höheren Ausgaben immer mehr Mangel empfunden wird? Dies bedeutet doch, dass man sich in einer Sackgasse befindet. Immer wird versucht, die Probleme als Gegensatz zwischen Reich und Arm darzustellen. Dies ist werbetechnisch vielleicht sehr eingängig, zumal man sich der marxistischen Dialektik bedienen kann. In Tat und Wahrheit sind wir bis zu einem gewissen Grad alle Egoisten, welche die Zukunft unserer Nachkommen erschweren, weil wir heute mehr verbrauchen, als wir erwirtschaften. Durch die finanzielle Überforderung und die Staatsschulden wird aber vor allem der selbständige und unselbständige Mittelstand betrogen. Wer mehr Gerechtigkeit herstellen will, muss nicht hinlängen, sondern die Umverteiler stoppen, welche den Klein- und Normalverdienern staatliche Wohltaten versprechen und den Betroffenen die Mittel dafür aus dem eigenen Geldbeutel ziehen.

Wir sehen uns keineswegs als Vollzugsgehilfen der globalisie-

renden Wirtschaft. Wir möchten allerdings die notwendigen Freiräume schaffen, um in einer globalisierenden Wirtschaft bestehen zu können. Im gesellschaftspolitischen, sozialen und ökologischen Bereich sowie in Fragen der inneren und äusseren Sicherheit und von Ausbildung und Bildung müssen aber politische Handlungsspielräume vorbehalten bleiben. Es gelten folgende Prioritäten:

■ Wir müssen eine Regelung für die Finanzierung der notwendigen Bahninfrastruktur mit Normalinvestitionen, Neat und Bahn 2000 finden.

■ Wir müssen institutionelle Voraussetzungen schaffen, um das Ausgabenwachstum über das Wachstum der Wirtschaft auszu-schliessen und um die Verschuldung zu reduzieren. Diejenigen, welche die Zukunft unserer Kinder verspielen, dürfen nicht mehr länger als «Wohltäter» auftreten.

■ Das strukturelle Defizit des Bundes muss beseitigt werden. Damit entsteht eine Begrenzung des Staates, welche neue Freiräume schafft.

■ Das Wettbewerbsprinzip muss durchgesetzt werden. Der Markt soll massgebendes Kriterium sein.

■ Die bilateralen Verhandlungen sollen abgeschlossen werden.

■ Die Neuordnung der Verwaltung in Kombination mit einer durchgehenden Aufgabenkritik soll an die Hand genommen werden.

■ Die Bundesverfassung soll nachgeführt werden mit einigen materiellen Reformen im Bereich Volksrechte und Justiz.

Es genügt aber nicht, nur die Lage zu beurteilen und die geeigneten Umbauten zu planen. Wir müssen auch die Traktandenliste für die politische Auseinandersetzung bestimmen. Dabei dürfen wir durchaus in einzelnen Punkten verlieren, wenn die Mehrheit nicht beschafft werden kann. Wichtig ist aber, dass unsere Punkte diskutiert werden. ■



Bundespräsident Delamuraz nimmt die Gratulationen der FDP-Delegierten in Rapperswil entgegen. (Photo ruti)

## Glanzresultate

**MRS.** Auch im 102. Jahr ihres Bestehens setzt sich die Erfolgsgeschichte der FDP fort: Nach Kaspar Villiger stellt die FDP mit Jean-Pascal Delamuraz auch dieses Jahr den Bundespräsidenten. Und nachdem FDP-Nationalrat Claude Frey letztes Jahr die grosse Kammer präsidiert hatte, sitzt 1996 der Freisinnige Otto Schoch dem Ständerat vor. Beide wurden mit Glanzresultaten in ihr Amt gewählt. Herzliche Gratulation!



Ständeratspräsident Schoch beim feierlichen Empfang am Bahnhof Herisau. (Photo Keystone)

### KOLUMNE

#### «Requiem» auf ein «Weissbuch»



Das Weissbuch «Mut zum Aufbruch» hat mehr *polariert und blockiert* als zum Aufbruch motiviert. Warum diese vordergründig eher lähmende Wirkung? Diese «wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz» enthielt zwar eine hochinteressante Analyse der sich verschlechternden Wettbewerbssituation der Schweiz in einem sich rasch wandelnden Umfeld der Weltwirtschaft und eine etwas unvollständig ausgefallene «Bilanz der bisherigen Schritte zur marktwirtschaftlichen Erneuerung»; aber in der «Agenda des Aufbruchs» trat sie mit einigen Vorschlägen so massiv *ins Fettnäpfchen* der schweizerischen Politik, dass nichts anderes als eine Abwehrfront erwartet werden konnte. Dass das «Weissbuch» an jenen Kräften – den bürgerlichen Parteien, aber auch den politisch tätigen Organisationen der Wirtschaft – vorbei produziert wurde, die sich bisher vor allem um die Entbürokratisierung und um die Ankurbelung der Wirtschaft bemüht hatten, war nicht nur in einem Manko an politischem Feeling zu erkennen. Die Provokation kann ein Ausmass annehmen, das nur noch kontraproduktiv wirkt.

Viele gute, zum Teil allerdings auch nicht neue Vorschläge zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft wurden in der Diskussion völlig zugedeckt durch die Auseinandersetzung über die sozialpolitischen «Anträge». Die Reduktion der AHV auf eine «existenzsichernde» Grundrente – wofür allerdings die genannten 1500 Franken in den allermeisten Fällen nicht genügen dürften – und die Aufhebung des Obligatoriums für die zweite Säule der Altersversicherung sollten eine Neuausrichtung der Sozialpolitik auf das «Be-

dürftigkeitsprinzip» einleiten. Die damit verbundene Abkehr vom bisherigen Versicherungsprinzip käme jedoch einem *kapitalen Vertrauensbruch* gegenüber den bisherigen Beitragszahlenden gleich, und vor allem würde sie die *Proletarisierung des Mittelstandes* fördern, die sozialpolitisch unerwünscht und staatspolitisch in unserer direkten Demokratie katastrophal wäre. Die finanzielle Sanierung der Sozialinstitutionen und die Ausmerzungen von Wildwuchs müssen auf anderem Wege erreicht werden.

Die in den politischen Kreisen auf fast einhellige Ablehnung gestossenen sozialpolitischen Vorschläge haben es den Sozialdemokraten erlaubt, erneut die falsche Angst vor einem angeblichen «Sozialabbau» zu schüren. Und indem sich die Verfasser des «Weissbuches» zumindest anfänglich vorwiegend mit Peter Bodenmann und Elmar Ledergerber auseinandergesetzt haben, haben sie der *SP-Spitze auch noch die Plattform* dazu verschafft. Dass vor allem auch Fernsehen und Radio bei diesem «Duell» kräftig mitgeschürt haben, ist nicht besonders verwunderlich; dass die «Arena» allerdings auch den «Kurzauf- und abtritt» der geplatzten Sendung ausstrahlte, war ein Zeichen dafür, dass Einschaltquoten immer noch vor die Verantwortung gestellt werden. Man hat auch noch nicht zur Kenntnis genommen, dass der populäre Bundesrat Otto Stich seit seinem zeitlich genau kalkulierten Rücktritt längst vom Staatsmann wieder zum blossen Parteimann geworden ist.

Wenn das Requiem auf das «Weissbuch» allmählich verklungen ist, sollten die sachlich fundierten, politisch realistischen unter seinen Vorschlägen in die ohnehin laufende politische Diskussion aufgenommen werden.

Alt Nationalrat  
Dr. Kurt Müller, Meilen

## Delegiertenversammlung der JBS

Der Delegiertenrat der Jungliberalen Bewegung der Schweiz fand am Samstag, 9. Dezember 1995, im Restaurant Metropole in Bern statt.

### Übersetzung der Entscheide des Bundesgerichtes in die offiziellen Landessprachen

Die JBS hat beschlossen, die Geschäftsleitung der FDP-CH zu bitten, sich für die Übersetzung sämtlicher publizierter Entscheide des Bundesgerichtes und des Versicherungsgerichtes in die drei offiziellen Landessprachen einzusetzen.

### Revision der Bundesverfassung

Ausführlich wurde die bevorstehende Revision der Bundesverfassung behandelt. Zur Einführung wurde den Delegierten

ein Film einer sechsten Gymnasialklasse von Olten zu diesem Thema vorgeführt. Im darauffolgenden Referat vermochte Dr. Ehrenzeller, persönlicher Mitarbeiter Bundesrat Kollers, die wichtigsten Voraussetzungen, Grundzüge und Absichten betreffend die Revision darzulegen. Es folgte eine angeregte Diskussion. Die an diesem Delegiertenrat gewonnenen Anregungen werden von der schon seit einiger Zeit einberufenen JBS-Arbeitsgruppe in die Bundesverfassung einbezogen, und am nächsten Delegiertenrat soll eine offizielle Stellungnahme verabschiedet werden. Einigkeit herrschte schon jetzt darüber, dass die im Geiste des letzten Jahrhunderts verfasste Bundesverfassung einer Revision bedarf und dass die neue Bundesverfassung dem Volk im Jubiläumsjahr 1998 vorgelegt werden muss. ■

## Dritte Sommeruniversität 1996 der FDP

Vom 19. bis zum 23. August findet die dritte FDP-Sommeruniversität, wiederum in Neuenburg, statt. Auch diesmal werden interessante Persönlichkeiten den jungen Teilnehmern während einer Woche Red und Antwort stehen.

Teilnahmeberechtigt sind politisch interessierte Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 28 Jahren.

Weitere Informationen erhalten Sie von Herrn Blaise Roulet, FDP der Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51. ■

## Enttäuschung

Nur vier Stunden vorher sagte *Nationalrat Toni Brunner (svp.)* die vereinbarte Teilnahme an einem Anlass der Jung-FDP Wil SG vom Dienstag, 9. Januar 1996, ab. Er sei seit zwei Tagen an Grippe erkrankt und könne deshalb unmöglich mitmachen, meldete er per Telefon. Bald wurde jedoch klar, dass Toni Brunner am gleichen Abend eine grosse Bauernveranstaltung in Widnau SG besuchte. Er nahm dort gesund und munter an einer Podiumsveranstaltung teil. Die Jung-FDP Wil ist enttäuscht, dass sie von Nationalrat Brunner so behandelt wurde. Durch diesen liederlichen Umgang mit der Wahrheit ist die Glaubwürdigkeit von Nationalrat Toni Brunner stark angekratzt.

*Jung-FDP Wil SG*

## VERANSTALTUNGEN

### Jahresterminkalender 1996

#### Februar

23./24. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

#### März

7. Geschäftsleitung

4.-22. Frühjahrs-session  
10. Eidgenössische Abstimmung

#### April

11. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung  
12. Delegiertenrat/Fraktionssitzung  
12./13. Ordentliche Delegiertenversammlung (Montreux)

29.- 3. Mai Sondersession

#### Mai

24./25. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

#### Juni

3.-21. Sommersession

9. Eidg. Abstimmung  
12. Fraktionsausflug  
21. Geschäftsleitung

#### Juli

-

#### August

16. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat  
17. a. o. Delegiertenversammlung (Bern)  
19.-23. JBS-Universität d'été, Neuchâtel

#### September

6./7. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

16.-4. Okt. Herbstsession

22. Eidg. Abstimmung

#### Oktober

18. Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat, Basel  
19. a. o. Delegiertenversammlung (Basel)

#### November

15./16. VorseSSIONALE Fraktionssitzung (Zibele-Märit-Treffen)

25.-13. Dez. Wintersession

27. Wahlfeiern NR-/SR-Präsident

#### Dezember

1. Eidg. Abstimmung  
4. Vereinigte Bundesversammlung  
5. Wahlfeier Bundespräsident  
10. Treffen Presseverband mit Fraktion  
13. Geschäftsleitung ■

# Frauen fordern eine Mutterschaftsversicherung

Die Schweizer Frauen fordern über alle Parteien und Verbände hinweg eine Mutterschaftsversicherung. Uneinig sind sie sich einzig über die Prioritäten und die Art der Finanzierung. Nachfolgend eine detaillierte Übersicht über das Modell, welches die überparteiliche Frauengruppe – in welcher die FDP-Frauen Schweiz ebenfalls vertreten sind – erarbeitet hat.

◆ Madeleine Kuhn-Baer, Landrätin aus Glarus

Die Schweiz ist eines der letzten europäischen Länder, welche noch über keine Mutterschaftsversicherung verfügen. Am 25. November 1945 wurde der Verfassungsartikel 34<sup>quinquies</sup> über den Schutz der Familie vom Volk angenommen. Dessen Absatz 4 sieht vor, dass der Bund eine Mutterschaftsversicherung einrichtet.

## Geburtswehen

Verschiedene Anläufe zur Einlösung dieses Verfassungsauftrages wurden unternommen, doch 50 Jahre später ist die Mutter-

schaftsversicherung immer noch nicht geboren. In den achtziger Jahren wurde zweimal versucht, diese klaffende Lücke im schweizerischen Sozialversicherungswerk zu schliessen: das eine Mal über die Volksinitiative für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft und das zweite Mal über eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes. Beide Versuche scheiterten recht massiv in der Volksabstimmung.

## Der neueste Vorschlag des Bundesrates

Im Sommer 1994 schickte das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) einen Vorentwurf für eine Mutterschaftsversiche-



Das vorgestellte Modell würde ihr 16 Wochen Mutterschaftsleistungen bringen. (Photo Senn)

rung in die Vernehmlassung. Der Vorschlag umfasste einen voll bezahlten 16wöchigen Mutterschaftsurlaub für erwerbstätige Frauen, finanziert über Lohnprozente. Gemäss den Berechnungen des EDI würden 0,4 Lohnprozente genügen, um diese Leistung zu sichern, was konkret zu einem Aufschlag von je 0,2 Prozent auf die AHV-Abgaben der

Arbeitgeber und der Arbeitnehmerinnen führen würde. Bundesrätin Ruth Dreifuss hatte absichtlich eine Politik der kleinen Schritte gewählt. Sie hatte sich auf die dringlichste der ausstehenden Forderungen beschränkt und für die eventuelle Einführung weiterer Leistungen auf

Fortsetzung auf Seite 16

## Das Modell in Kürze

### 1. Bezahlter Mutterschaftsurlaub für erwerbstätige Frauen

■ Erwerbsausfallentschädigung von 100 Prozent für Arbeitnehmerinnen während 16 Wochen; Plafond beim maximalen rentenbildenden AHV-Einkommen von 69 840 Franken.

Die Plafonierung wurde aus Akzeptanzgründen beschlossen. Die AHV-Grenzbeträge für die Plafonierung und für die Leistungen an Nichterwerbstätige (siehe weiter unten) gewährleisten die Transparenz und die Einsichtigkeit des Berechnungssystems.

■ Anspruchsberechtigt ist, wer vor der Geburt erwerbstätig ist. Massgebend ist ein durchschnittliches Einkommen vor

Eintritt der Schwangerschaft. Arbeitnehmerinnen, die während der Schwangerschaft die Erwerbstätigkeit reduzieren oder beenden, dürfen nicht benachteiligt werden. Die Details sind noch zu definieren.

■ Ebenfalls anspruchsberechtigt sind Frauen, die gegen Lohn im Betrieb ihres Mannes arbeiten.

### 2. Mutterschaftsleistungen für nicht-erwerbstätige Frauen

■ Viermal die monatliche Mindestrente der AHV (heute 970 Franken). Auch hier ist die Anlehnung an die AHV bewusst gewählt worden, um eine Vergleichsbasis für die Mindestleistungen an Rentnerinnen und Rentner zu schaffen.

■ Für verheiratete Frauen kommt die Mutterschaftsleistung nur so lange zur Auszahlung, wie das Familieneinkommen unter 69 840 Franken im Jahr liegt. Dieser Plafond wird um 5000 Franken pro Kind und Jahr erhöht. Der Plafond soll die Einwände entkräften, dass Geld an Leute verteilt werde, die «es nicht nötig haben».

### 3. Finanzierung

■ Den Lohn für die ersten 8 Wochen der erwerbstätigen Frauen übernimmt der Arbeitgeber direkt. Gemäss Bundesrat entspricht diese Leistung dem, was die Gesamtheit der Arbeitgeber im Durchschnitt bereits heute bezahlt.

■ Der restliche Teil des Mutterschaftsurlaubs für die Erwerbstätigen (8 Wochen) wird über die Mehrwertsteuer finanziert.

■ Die Leistungen für die Nichterwerbstätigen werden ebenfalls über die Mehrwertsteuer finanziert.

Wie die Kurzstudie des Büros BASS belegt, sind die Kosten für das Modell der überparteilichen Arbeitsgruppe nur wenig höher als die Kosten des bundesrätlichen Vorentwurfes.

### Die Vorzüge des Modells sind:

■ ein Finanzierungssystem, das den Arbeitgebern nicht mehr als heute abverlangt und das über die Steuern die gesamte Bevölkerung heranzieht;

■ Leistungen für alle Mütter, sowohl erwerbstätige wie nicht-erwerbstätige;

■ eine Plafonierung der Leistungen, um das Argument des Giesskannenprinzips zu entkräften. ■

## Fortsetzung von Seite 15

einen späteren Zeitpunkt verweisen. Sinngemäss schlug sie für die Finanzierung des Erwerbsersatzes bei Mutterschaft denselben Modus vor, der auch für AHV, IV und Erwerbsersatz bei Militärdienst gilt.

Die Stellungnahmen im Vernehmlassungsverfahren zeigten jedoch, dass dieses pragmatische Vorgehen keine breite Unterstützung fand. Die häufigsten Kritikpunkte betrafen das Fehlen von Leistungen für nichterwerbstätige Frauen und die Finanzierung über Lohnprozente. Zusammenfassend ist auf nationaler Ebene ein breiter Konsens über die Notwendigkeit einer Mutterschaftsversicherung sowie über die Dauer von 16 Wochen für den Mutterschaftsurlaub festzustellen. Zusätzlich werden ausserdem Leistungen für nichterwerbstätige

Frauen gefordert. Eine Mehrheit lehnt hingegen die Finanzierung der Mutterschaftsversicherung über Lohnprozente ab.

### Frauen suchen gemeinsame Lösung

Es erstaunt nicht, dass die einfache Diskussion um die Mutterschaftsversicherung vor allem unter Frauen geführt wird. Die Frauen fordern über alle Parteien und Verbände hinweg eine Mutterschaftsversicherung. Uneinig sind sie sich einzig über die Prioritäten und über die Art der Finanzierung. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass der Erfolg wesentlich davon abhängt, dass sich die grosse Mehrheit der Frauen entschlossen hinter ein gemeinsames Modell stellt.

Ende Oktober lud Bundesrätin Ruth Dreifuss engagierte Frauen zu einer gemeinsamen Aussprache über die Mutterschaftsver-

sicherung ein. Es wurde eine konsensuelle Diskussionsgrundlage, geleitet von folgenden Kriterien, erarbeitet:

■ Das neue Modell soll möglichst wenig Angriffsfläche bieten, also

- a) auf eine lohnprozentuale Finanzierung verzichten und
- b) Leistungen für Nichterwerbstätige umfassen.

■ Die Arbeitgeber sollen durch die Mutterschaftsversicherung im selben Ausmass wie heute belastet werden, also für 8 Wochen Lohnfortzahlung im Landesdurchschnitt.

■ Um die Akzeptanz für dieses Modell zu optimieren, wird die AHV als Vergleichsgrösse benützt, indem

- a) die Grundleistung für Nichterwerbstätige der AHV-Mindestrente entspricht,
- b) der maximal versicherte Lohn dem rentenbildenden

AHV-Einkommen für die Maximalrente entspricht (gegenwärtig 69 840 Franken pro Jahr),

c) der Plafond des Familieneinkommens für Nichterwerbstätige ebenfalls beim rentenbildenden AHV-Einkommen für die Maximalrente liegt.

■ Zur Finanzierung der Leistungen an Nichterwerbstätige und der 8 zusätzlichen Wochen für die Erwerbstätigen wird die Mehrwertsteuer beigezogen, weil

- a) die Lohnkosten nicht verteuert werden dürfen;
- b) Lohnprozente sowohl Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zusätzlich belasten;
- c) mit der Mehrwertsteuer die gesamte Bevölkerung Solidaritätsleistungen erbringt.

## Informationspaket FDP

Mit dem «Informationspaket FDP» sind Sie bestens informiert. Sie erhalten einmal wöchentlich den Pressedienst der Partei, monatlich den «Freisinn» sowie viermal jährlich die «Politische Rundschau» zugestellt. Im Pressedienst finden Sie unter den Rubriken Aktuell, Wirtschaft, Session, Dokumentation usw. Wissenswertes, das insbesondere den Orts- oder Bezirksparteipräsidenten dienlich sein kann. Selbstverständlich erhalten Sie auch die offiziellen Communiqués der FDP der Schweiz. Die «Politische Rundschau» behandelt jeweils ausgewählte Themen ausführlich.

### Wir wünschen Zustellung von

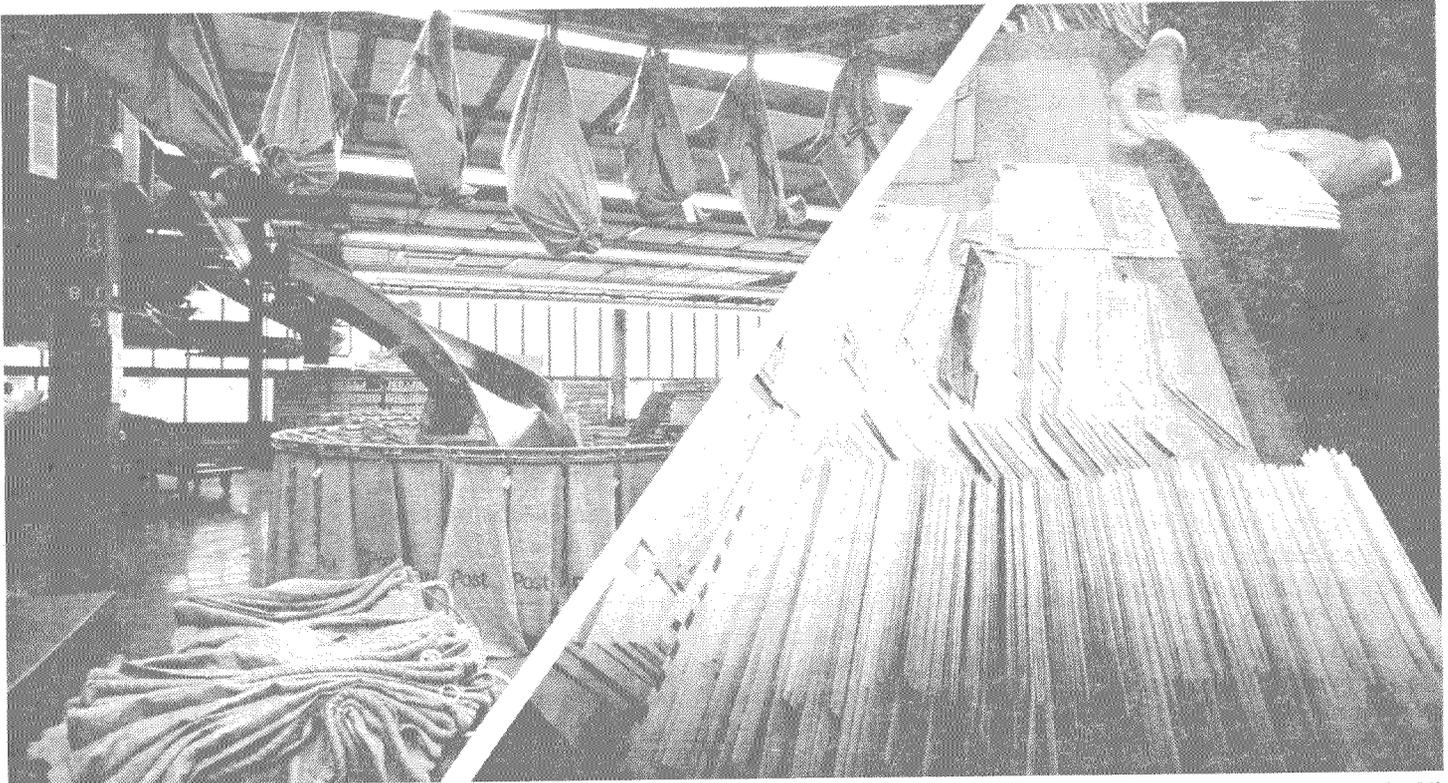
- Informationspaket FDP Fr. 150.– (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presseinformation Fr. 120.– (Jahresabonnement)
- Politische Rundschau Fr. 20.– (Jahresabonnement)
- Der Freisinn Fr. 20.– (Jahresabonnement)

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

2/96

Adresse: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 312 19 51.



Auch bei der Post muss die Devise in Zukunft lauten: veraltete Strukturen aufbrechen, Monopole dem Markt öffnen.

(Photos Stahl)

## Dem Wettbewerb zum Durchbruch verhelfen

**Nach gründlichen Vorbereitungsarbeiten und intensiven Diskussionen sagte die Geschäftsleitung der FDP Schweiz Ja zum neuen Fernmeldegesetz. Gleichzeitig fordert sie aber eine Überarbeitung des Postgesetzes und die Zweiteilung des PTT-Organisationsgesetzes.**

**Adrian Gnehm, Magden\***

Die FDP bekräftigt in ihren Stellungnahmen, dass sie alle Massnahmen unterstützt, welche die Markt- und Wettbewerbskräfte in der Schweiz stärken. Die Reformvorhaben bei den PTT betreffen dabei einen zentralen Bereich jeder modernen Volkswirtschaft.

In der Schweiz besteht heute ein dringender Handlungsbedarf in diesem Bereich.

### Ja zu einem schlanken Fernmeldegesetz

Die Geschäftsleitung der FDP ist der Auffassung, dass der vorgeschlagene Entwurf für ein modernes Fernmeldegesetz wesentlich dazu beitragen wird, in der Schweiz die Rahmenbedingungen zu schaffen, die für einen international konkurrenzfähigen und liberalisierten Telekommunikationsplatz notwendig sind. Die in erfreulich kurzer Zeit entstandene Gesetzesrevision entspricht in ihrem Inhalt weitgehend den Bedürfnissen eines modernen Wirtschaftsplatzes Schweiz. Das Gesetz besticht dabei durch seine Klarheit und Einfachheit. Damit die Schweiz im Vergleich mit dem benachbarten Ausland nicht (noch mehr) ins Hintertreffen gerät, hält die FDP eine schnellstmögliche Realisierung der Revision – späte-

stens auf den 1. 1. 1998 – für angezeigt.

### Mehr Markt auch bei der Post

Der Entwurf für ein Postgesetz hingegen erweckt den Eindruck, dass weitgehend von der Statusquo-Situation ausgegangen wurde. Der Wettbewerbsgedanke wurde zugunsten einer Vertiefung und Zementierung der Monopolsituation der Post sowie einer Besitzstandsgarantie ihrer Angestellten zurückgedrängt. Auf dem Postmarkt wird aber längerfristig eine ähnliche Entwicklung zu beobachten sein wie heute auf dem Telekommunikationsmarkt. Anzustreben ist deshalb die Schaffung von echtem Wettbewerb als Voraussetzung für transparente Kostenrechnungen und eine Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses der Postdienste. Staatliche Zuschüsse und Quersubventionen müssen dabei ausgeschaltet werden. Unter diesen Gesichtspunkten er-

weist sich der gewählte Ansatz, die von der Unternehmung «Post» erbrachten Dienstleistungen im Gesetz zu regeln, als falsch. Analog dem Fernmeldegesetz sollten die Postmärkte geregelt werden. Die FDP fordert deshalb eine grundlegende Überarbeitung des Entwurfes für ein neues Postgesetz.

### Aufteilung des Organisationsgesetzes

Beim PTT-Organisationsgesetz spricht sich die FDP für eine Aufspaltung in zwei separate Erlasse aus. Denn die Entwicklungsdynamik von Post und Telecom ist sehr verschieden, und zwar sowohl auf der technischen Seite als auch was das Wachstumspotential der Märkte betrifft. Die Telecom wird sich schon in Kürze in einem völlig liberalisierten Markt zu bewähren haben, während bei der Post vorerst immer noch einzelne Monopolbereiche weiterbestehen werden. ■

\* Dr. rer. pol., Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftspolitik und der Arbeitsgruppe «Privatisierung» der FDP Schweiz.





DEZEMBER 1995:  
DIE SP SCHLIESST EINE FRAKTIONSGEMEINSCHAFT MIT DER PDA.

Karikatur Andreas Töns

## Graubünden: Zollfreizone Samnaun muss geschützt werden

Der Ständerat hat sich Ende Dezember erfreulicherweise dafür ausgesprochen, den Zollfrei-Status von Samnaun zu erhalten. Im Gegensatz dazu will der Bundesrat offenbar bei der Einführung des neuen Mineralölsteuergesetzes die zollfreie Zone Samnaun/Tschlin nicht weiterhin ausklammern. So mutig der Entscheid des Ständerates ist, so unangenehm würden die Folgen sein, wenn der Bundesrat bei seiner Absicht bleibt.

Weil es sich bei den Treibstoff- und Zollfrei-Kunden in Samnaun hauptsächlich um ausländische Feriengäste handelt, die ihr Geld dann anderswo ausgeben würden, müsste die wirtschaftlich gesunde Randregion mit erheblichen Einbussen rechnen, die vor allem das Tourismusgewerbe existentiell treffen würden.

### Verteilungsproblem

Die finanzielle Schwächung des zollfreien Gebiets mit einem absehbaren Verlust von Arbeitsplätzen konkurriert also mit den

Mehreinnahmen für den Bund durch die Mineralölsteuer. Nach Ansicht der FDP Graubünden besteht jetzt wieder einmal ein Verteilungsproblem zwischen dem Bund und einer gut funktionierenden Randregion, der ein grosser wirtschaftlicher Schaden entstehen würde.

Deshalb begrüsst die FDP den Entscheid des Ständerates, zumal es völlig unverständlich wäre, wenn die Schweiz hier einen Alleingang machen würde, während die EU-Mitgliedstaaten ihre Zollfrei-Zonen in Livigno, auf den Flughäfen oder auch auf der Insel Helgoland und auf den Ostsee-Schiffen weiterhin erhalten würden.

Die FDP Graubünden hofft deshalb, dass sich der Nationalrat bei der Behandlung der Steuervorlage dem einsichtigen Beschluss des Ständerates anschliessen möge – im Interesse einer gesunden schweizerischen Region, die sonst eine wichtige Einnahmequelle an das Ausland verlieren würde.

*FDP Graubünden*

## St. Gallen: Wahlen



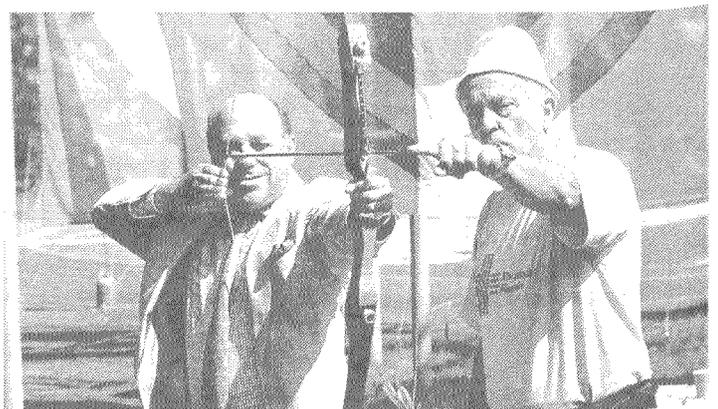
Nun fliegt er wieder, der Wahlkampf-Ballon der FDP St. Gallen. Am 4. Februar wählt St. Gallen ein neues Kantonsparlament, am 10. März die Regierung.

## Wallis: Überraschung

Die Briger Gemeindepräsidentenwahlen vom Sonntag endeten mit einer Überraschung: Mit einem Stimmenanteil von 57,2 Prozent wurde der freisinnige Kandidat Peter Planche gewählt. Die FDP ist im elfköpfigen, CVP-dominierten Gemeinderat nur mit einem Sitz vertreten. Planche erhielt 2319 Stimmen, der favorisierte CVP-Kandidat Roland Seiler 1737 Stimmen. Die Stimm-

beteiligung lag bei 51 Prozent. In Wahlprognosen war ein klarer Sieg Seilers vorausgesagt worden. Planche wird auf Anfang 1996 Rolf Escher, CVP, ersetzen, der in die Direktion der Furka-Oberalp-Bahn wechselt. Nachdem das Wallis bei den Wahlen 1995 mit Martigny die «freisinnigste Stadt der Schweiz» gestellt hat, ist dies eine weitere positive Nachricht aus der Westschweiz. ■

## Neuenburg: Erfolg



FDP-Nationalratspräsident Claude Frey und mit ihm die FDP des Kantons Neuenburg trafen auch bei den Wahlen 1995 ins Schwarze: Sie verdoppelten ihre Sitzzahl von einem Mandat auf zwei! (Photo ruti)

## FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:

E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)

www: <http://www.fdp-prd.ch/fdp-prd/>